

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	12.12.2011

Personalsituation in der Kölner Ausländerbehörde

Die Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Bereich „Elektronischer Aufenthaltstitel“

Wie stellen sich Soll- und Ist-Stellen mit Stand 31.10.2011 dar? Für den Fall einer deutlichen Diskrepanz bitten wir um Informationen darüber, zu welchem Termin Stellen ausgeschrieben wurden und wie die weitere Planung aussieht.

Antwort:

Seit dem 01.09.2011 werden Aufenthaltstitel in Form einer Scheckkarte als „elektronischer Aufenthaltstitel“ erteilt. Die Erteilung erfolgt bei den 9 bezirklichen Ausländergruppen in den Bürgerämtern. Der Aufwand für diese neue Aufgabe wurde mit 17 Stellen auskömmlich festgestellt. Insgesamt stehen den bezirklichen Ausländergruppen 62 Stellen zur Verfügung.

Die für den elektr. Aufenthaltstitel erforderlichen 17 Stellen wurden ab 17.06.2011 zur Besetzung freigegeben und ausgeschrieben. Die Stellenbesetzungsgespräche wurden im Zeitraum vom 15.08. bis 12.10.2011 durchgeführt. Die Besetzung der Stellen erfolgte insgesamt im Zeitraum vom 30.06. bis 08.12.2011. Derzeit sind alle Stellen besetzt.

Die erforderlichen Mehrstellen werden in den Stellenplan 2012 eingebracht.

Frage 2: Bereich „Bleiberecht“

Wie stellen sich Soll- und Ist-Stellen mit Stand 31.10.2011 dar?

Entspricht die Soll-Fallzahl pro Sachbearbeitung den aktuellen Erkenntnissen?

Bei einer Diskrepanz bitten wir um Mitteilung der Auswirkungen auf die Zahl von positiven Bleiberechtsentscheidungen.

Antwort:

Der Bleiberechtserlass NRW wurde mit dem Inhalt des Jahres 2009 ab 01.01.2012 bis 31.12.2013 verlängert. Unter den neuen Erlass fallen 1.510 Fälle, die zu prüfen sind, ob aufgrund der erbrachten Integrationsleistungen die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden kann.

Vor diesem Hintergrund wurde die Stellenausstattung angepasst und 2 Stellen zur Wiederbesetzung freigegeben. Derzeit verfügt der Bereich über 18 Stellen, von denen 16 Stellen besetzt sind.

Frage 3: Bereich „Anlauf- und Beratungsstelle“

Der Aufwand für Erfassung, Aufnahme und Zuweisung von Flüchtlingen und „unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländern“ ist aufgrund deutlich erhöhter Einreisezahlen gestiegen.

In diesem Zusammenhang stellt sich nicht nur die Frage, ob diese Personen in Köln angemessen untergebracht werden können. Es bedarf auch dringend der Klärung, ob die personellen Ressourcen in dem Bereich der Anlauf- und Beratungsstelle ausreichen und ob Zuweisungen bzw. Weiterleitung dieser Personen in einem angemessenen Zeitraum erfolgen.

Wie stellen sich Soll- und Ist-Stellen mit Stand 31.10.2011 dar?

Welche Auswirkungen hat eine strukturelle oder faktische Unterbesetzung auf die Unterbringungskosten?

Antwort:

Die Fallzahlen bei der Anlauf- und Beratungsstelle stellen sich wie folgt dar:

Fallart	Zugang 2009	Zugang 2010	Zugang 2011 (hochgerechnet)
Unerlaubt eingereiste Personen	487	967	1.021
Nach Köln zugewiesene Personen (Umverteilungsfälle)	9	19	42

Bei der Anlauf- und Beratungsstelle stehen 3 Stellen zur Verfügung.

Aufgrund von Personalausfällen sind in der Anlauf- und Beratungsstelle seit Anfang November 2011 Rückstände entstanden. Aufgrund einer aktuellen Fortschreibung der Stellenbemessung wird für die Anlauf- und Beratungsstelle eine weitere Stelle zur Verfügung gestellt. Nach der Besetzung der Stelle - das Besetzungsverfahren ist eingeleitet - wird sich der Bearbeitungszeitraum verringern. Hierdurch wird auch die Umverteilung durch die Bezirksregierung Arnsberg beschleunigt und letztlich eine Reduzierung der Unterbringungskosten erreicht.

Frage 4: Querschnitt

Bei der Ausländerbehörde sind sowohl die Arbeitsbelastungen als auch der Anspruch an professionellem und humanem Umgang mit den Menschen besonders hoch.

Hat die Verwaltung geprüft, ob eine Rotation von Back- und Front-Office in Teams ein geeignetes Mittel für alle Beteiligten wäre? Mit welchem Ergebnis?

Sind nach Ansicht der Verwaltung durch die Einführung neuer elektronischer Verfahren (z.B. „Elektronische Ausländerakte“) organisatorische Änderungen sinnvoll? Welche?

Welche Unterstützung erhalten die Beschäftigten z.B. in Form von Fortbildungen (z.B. Kommunikations- und Konflikttraining, Förderung interkultureller Kompetenz) und Supervision?

Wie wird mit der besonderen Arbeitsbelastung, die sich ggf. auch an hohen Krankheitsfehltagen festmachen lässt, im Bereich der Ausländerbehörde insgesamt organisatorisch umgegangen?

Antwort:

Unter den gegebenen festgelegten Zuständigkeiten und Geschäftsprozessen ist eine Verfahrensumstellung in Back- und Frontoffice aus organisatorischer Sicht nicht erforderlich. Bei den Ausländerbereichen in den Bürgerämtern erfolgen die Beantragung und die Aushändigung der Aufenthaltstitel durch den zuständigen Sachbearbeiter. In den übrigen Bereichen wird auch sichergestellt, dass die Betreuung nur durch einen Sachbearbeiter erfolgt.

In den Jahren 2005 bis 2011 wurden insgesamt 9 Fortbildungen zu dem Thema interkulturelle Kompetenz und 1 Supervision für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerabteilung durchgeführt. Für das Jahr 2012 ist eine weitere Fortbildung zum Thema interkulturelle Kompetenz geplant, die von ca. 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter Berücksichtigung deren Anliegen und Bedarfe für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Anbieter konzipiert werden soll. Eine entsprechende Ausschreibung hat bereits stattgefunden. Die Auswertung erfolgt noch im Dezember 2011.

Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerabteilung ist vergleichbar mit der Arbeitsbelastung anderen Bereichen wie dem Sozialamt, den Meldehallen und der Kfz-Zulassungsstelle, wo ebenfalls ein hohes Publikumsaufkommen mit teilweise fehlenden Deutschkenntnissen zu verzeichnen ist. Der Aufwand für die Betreuung des Publikums bei Vorsprachen ist bei der Stellenbemessung für die Ausländerabteilung berücksichtigt.

Auf die hier dargestellten Unterstützungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerabteilung wird verwiesen.

gez. Kahlen